

SEEVERKEHRSRAUM OHNE GRENZEN

Vorschlag der Europäischen Kommission

Vorschlag KOM(2009) 11 vom 21. Januar 2009 für eine **Richtlinie** des Europäischen Parlamentes und des Rates über **Meldeformalitäten für Schiffe beim Einlaufen in oder Auslaufen aus Häfen** der Mitgliedstaaten der Gemeinschaft und zur Aufhebung der Richtlinie 2002/6/EG [s. [CEP-Analyse](#)]

Position des Rates – Allgemeine Ausrichtung vom 17. Dezember 2009

Rat „Transport, Telekommunikation und Energie“

Hinweis: Die im Text gemachten Angaben zu Artikeln beziehen sich auf das angegebene Ratsdokument.

► Allgemeine Stellungnahmen zum Vorschlag

- Der Rat verständigt sich auf eine gemeinsame Position in Form einer allgemeinen Ausrichtung (Ratsdokument [17414/09](#)).
- Wesentliche Änderung gegenüber dem Kommissionsvorschlag: Meldepflichten für Schiffe über 300 Bruttoregistertonnen werden beibehalten, selbst wenn diese ausschließlich zwischen Häfen im Zollgebiet der EU verkehren. Auf die Regelung des Kommissionsvorschlags zu verzichten, entspricht nach Auffassung des Rates dem Ziel der Richtlinie, komplizierte Verwaltungsverfahren zu vereinfachen, aber keine Regelungen zu Meldepflichten einzuführen.

► Stellungnahmen zu einzelnen Regelungen des Vorschlags

– Elektronische Übermittlung von Pflichtangaben

Die Mitgliedstaaten sollen die elektronische Datenübermittlung so bald wie möglich, spätestens 5 Jahre nach Ablauf der Übergangsfrist von 2 Jahren einführen (Art. 5 Abs. 1 i.V.m. Art. 11 Abs. 1), also nach 7 Jahren ab Inkrafttreten der Richtlinie (KOM: spätestens ab 15. Februar 2013).

– Mitgliedstaaten mit Binnenhäfen

Mitgliedstaaten ohne Häfen mit Zugang zur See brauchen die Regelungen der Richtlinie nicht umzusetzen (Erwägungsgrund 10a) (KOM: keine Aussage).

► Politischer Kontext

- Da das Politikvorhaben dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren unterliegt, müssen sich Rat und EP auf eine gemeinsame Position verständigen (Art. 100 Abs. 2 AEUV; ex-Artikel 80 Abs. 2 EGV). Der Rat wird mit der allgemeinen Ausrichtung als Position in die informellen Verhandlungen mit dem EP eintreten. Zielsetzung ist die Einigung in 1. Lesung unter spanischer Ratspräsidentschaft.
- Das EP hat seine Beratungen im Herbst 2009 begonnen. Der Bericht wird voraussichtlich Ende Februar 2010 im Ausschuss für „Verkehr und Fremdenverkehr“ angenommen. Berichterstatter ist Dirk Sterckx (ALDE; BE). Die 1. Lesung des EP soll im April 2010 stattfinden.